



Hart IV und Darmstadt

Keine Billigjobs

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt traf sich am Dienstag, den 20. Juli 2004 zu einer Sondersitzung. Anlass war ein Antrag der CDU, in der eine Bewerbung beim Hessischen Sozialministerium zur Teilnahme am Optionsmodell im Zusammenhang mit dem Hartz IV - Gesetz beantragt wurde.

Die Koalition aus SPD und Bündnis90/Grüne brachte einen Änderungsantrag ein, der eine ARGE

Um das unsägliche Allgemeinere von „Zukunft sichern“, „Fördern und fordern“ oder „Menschen wieder in Lohn und Brot bringen“ zu entlarven, haben wir folgenden Änderungsantrag eingebracht:

„Jedem Bezieher von ALG II, der zukünftig bei der Stadt Darmstadt in gemeinnütziger Arbeit beschäftigt ist, wird nach Ablauf von drei Monaten ein fester, tariflich bezahlter Dauerarbeitsplatz angeboten.“

Die Reaktion in Form der SPD-



Rainer Keil,
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL
Vorsitzender der DKP Darmstadt



Foto: arbeiterfotografie.com

(Arbeitsgemeinschaft) mit der Bundesagentur für Arbeit favorisiert. In dem anscheinend schnell zusammengeschriebenen, umfangreichen Papier wurden einige Willensbekundungen niedergeschrieben, was diese ARGE leisten soll.

Hintergrundinformationen, Auswirkungen (z.B. auf Stadtteile mit hoher Sozialhilfedichte), Kosten - alles Fehlanzeige.

Fraktionsvorsitzenden Seidler waren bezeichnend: In typischer „DKP-Manier“ würden tarifliche Arbeitsplätze gefordert. Wer die denn bezahlen sollte. Unser Antrag wurde von den anwesenden Stadtverordneten einmütig abgelehnt.

Es zeigt sich also wohin die Reise gehen soll. Ein- oder Zweieurojobs, Ausbau eines Niedriglohnssektors, Abbau tariflicher Arbeitsplätze. Das

Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter,
die Fraktionen OS/3, Liste Europa und Die Frauen haben sich zu einer gemeinsamen Fraktion "Offenes Darmstadt" zusammengeschlossen. Wir verbleiben daher als einzige Einpersonnenfraktion in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung.
Organisatorisch ist der Zusammenschluss nachzuvollziehen. Die Arbeitsbedingungen von Einpersonnenfraktionen sind schwierig und sollen noch schwieriger werden. Ob sich die politischen Inhalte von OS/3, LEU und DIE FRAUEN auf Dauer miteinander vereinbaren lassen müssen ihre Mitglieder und Anhänger/innen beurteilen.
Die Vergleiche der SPD Fraktionsvorsitzenden Sabine Seidler zwischen der neuen Fraktion "Offenes Darmstadt" und der vom faschistischen Diktator Mussolini ausgerufenen offenen Stadt Rom sind nicht nur unangemessen und überzogen, sie sind unerhört. Dies ist ein Ausdruck des sich wandelnden Demokratieverständnisses der SPD, dass zum Inhalt hat, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat des Grundgesetzes mit Füßen zu treten. weiter auf Seite 7...

Aus dem Inhalt:

Verkehrspolitik	S.3
Interview zu Akaziengarten	S.4
Kinderheim Waldeck	S.6
Knellgelände	S.6
Ausbildungsmesse	S.8



Foto: arbeiterfotografie.com

Ziel der Agenda 2010, von Hartz IV ist die Senkung der Kosten für die Ware Arbeitskraft. Auf Kosten der berufstätigen und erwerbslosen Menschen. Das Eingesparte wird dann im nächsten Jahr den Vermögenden und Reichen mittels Senkung des Spitzensteuersatzes zugeschoben.

Widerstand tut Not - massiver Protest gegen die Agenda 2010 in einem heißen Herbst. In einem anderen wichtigen Bereich, dem Bereich des Wohnens heißt das aber auch: Wenn Menschen in Billigwohnungen und in die Obdachlosigkeit gedrängt werden

muss das auch kommunal als Verletzung der Menschenrechte aufgegriffen und angegriffen werden.

Daher hat unsere Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Langzeitarbeitslose, die ab 01.01.2005 Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen, können gezwungen werden, Arbeitsmöglichkeiten für 1-2 Euro Stundenlohn anzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt dies für alle städtischen Einrichtungen ab und fordert alle nicht-städtischen Einrichtungen in Darmstadt auf, keine solchen Arbeitsmöglichkeiten einzurichten.

2. Die Stadt Darmstadt wird bei Empfängern von ALG II die Wohn- und Heizkosten komplett übernehmen, um Zwangsumsiedlungen zu vermeiden

3. Die Stadt Darmstadt wird die Kosten für die Krankenversicherung derjenigen Menschen übernehmen, die in Folge der Neuregelungen aus dem ALG II herausfallen und dann nicht mehr krankenversichert sind.

Begründung:

Die Stadt Darmstadt darf die Folgen von Hartz IV nicht auf die Men-

schen abwälzen.

Wir meinen, dass Hartz IV insgesamt zurückgenommen werden muss.

Hartz IV führt zu Armut, Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlungen, dem Verlust der Altersvorsorge und von Angespartem (einschließlich der Sparbücher der Kinder).

Hartz IV bedroht auch die Kommunen.

In einigen Fragen können die Kommunen aber die Umsetzung nach Ihrem Ermessen gestalten.

Bei Redaktionsschluss war dieser Antrag noch nicht debattiert. Man darf gespannt sein wie jene Fraktionen, denen die Zukunft unserer Kinder so am Herzen liegt, sich zu diesem Antrag verhalten. Nähere Auskünfte im Internet oder telefonisch bei unserer Fraktion.

**Rainer Keil,
DKP Darmstadt
Stadtverordneter der
PDS-DKP/OL**

Hartz IV zum Zweiten

Taschengeld für Altenheimbewohner

In einer kleinen Anfrage wollen wir in Erfahrung bringen welche Auswirkungen die Hartz IV- Gesetze auf ältere Menschen haben. Altenheimbewohner, deren Heimkosten die Rente übersteigen, erhalten Taschengeld aus der Sozialhilfe. Gemäß beschlossenen Änderungen des Sozialhilferechts im Paket „Hartz IV“ soll ab 1.1.2005 der so genannte „Zusatzbetrag“ entfallen. Dadurch wird für viele Altenheimbewohner das Taschengeld von 133 € auf 89,70 € zusammengestrichen.

Vom Taschengeld müssen bezahlt werden: Hygieneartikel, Praxisgebühr, Fahrtkosten zum Arzt und Stadtbesuche, Brillen, nicht verschreibungsfähige Medikamente und Pflegemittel, Friseurbesuche, Bücher und Zeitungen, Instandhaltung der Kleidung. Wir wollen wissen, wie viele Heimbewohner in Darmstadt von diesen



Foto: arbeiterfotografie.com

Verkehrspolitik

Feuchtinger hat sich vergaloppiert!

Wo der Wilheminentunnel die Autofahrer entlässt, steht in der Hugelstrae eine kleine Hütte. Ihr Zweck ist die Messung von Luftschadstoffen. Das ist auch notwendig, denn die gemessenen Werte sind hessenweit die schlimmsten (Sie können im Internet unter www.hlug.de/medien/index.htm



*Foto: Krone
Messhutte am Ausgang des
Tunnels in der Hugelstrae*

abgerufen oder unter Tel. 13 3313 erfragt werden). Feinstaub und Gifte behelligen das Betongebirge des "Quelle"-Blocks wohl weniger, aber gegenüber stehen mehrere Wohngebäude mit -zig Mietpartei-

en. Nun will die Stadt Efeu um die Tunnelrampe herum pflanzen, weil es wenigstens etwas Staub binden könnte. Aber das kaschiert nur die Hilflosigkeit.

Stadtrat Klaus Feuchtinger hat nun einen Manahmenplan zusammengestellt. Er hat erkannt, dass in der Hugelstrae eigentlich Hopfen und Malz verloren ist. Der Kraftverkehr in der gesamten Stadt soll reduziert werden. Als erstes sind Busse und Bahnen zu fördern. Und nun kommt es: Als zweiter Punkt ist die Nordostumgehung genannt, der Ausbau des Carl-Schenck-Ringes und der Neubau der West-Umgehung. Der grüne Stadtrat will also die Hugelstrae vor dem Ostbahnhof duplizieren (siehe Bild). Er will weitere Wohnblöcke in Spessarting und Landgraf-Georg-Strae mit Rampen beglücken. Er will den kleinen Wald an der Bahn niederlegen. Er will Baumriesen im Park an der Oettinger Villa fällen. Er will auch die Waldkolonie mit Verkehrslärm aus einer bisher ungewohnten Rich-



*Foto Krone:
Schienen hinter dem Ostbahnhof*

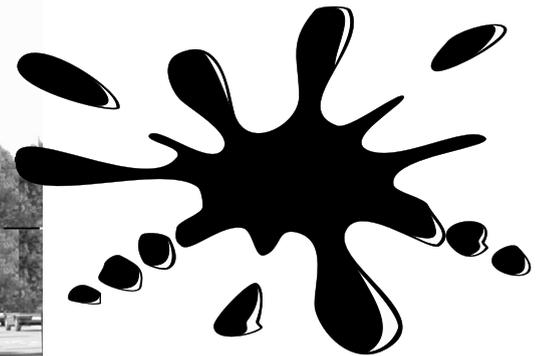
tung versorgen. Und er will einen weiteren Einschnitt in den Bannwald hinnehmen.

Der ko-Dezernent Feuchtinger mag auch Rupartikelfilter und Car-Sharing bei der Stadt fordern, wie er will. Hier jedenfalls hat er sich mächtig vergaloppiert.

**Werner Krone,
DKP Darmstadt
Mitarbeiter der
Stadtverordnetenfraktion der
PDS-DKP/OL**



*Foto: Krohne
Ausfahrt des Wilheminentunnels in der Hugelstrae*



...Fortsetzung von S.2 "Hartz IV zum.."

Kürzungen betroffenen sind und ob der Magistrat die Möglichkeit sieht das Taschengeld als freiwillige Leistung auf die bisherige Höhe aufzustocken.

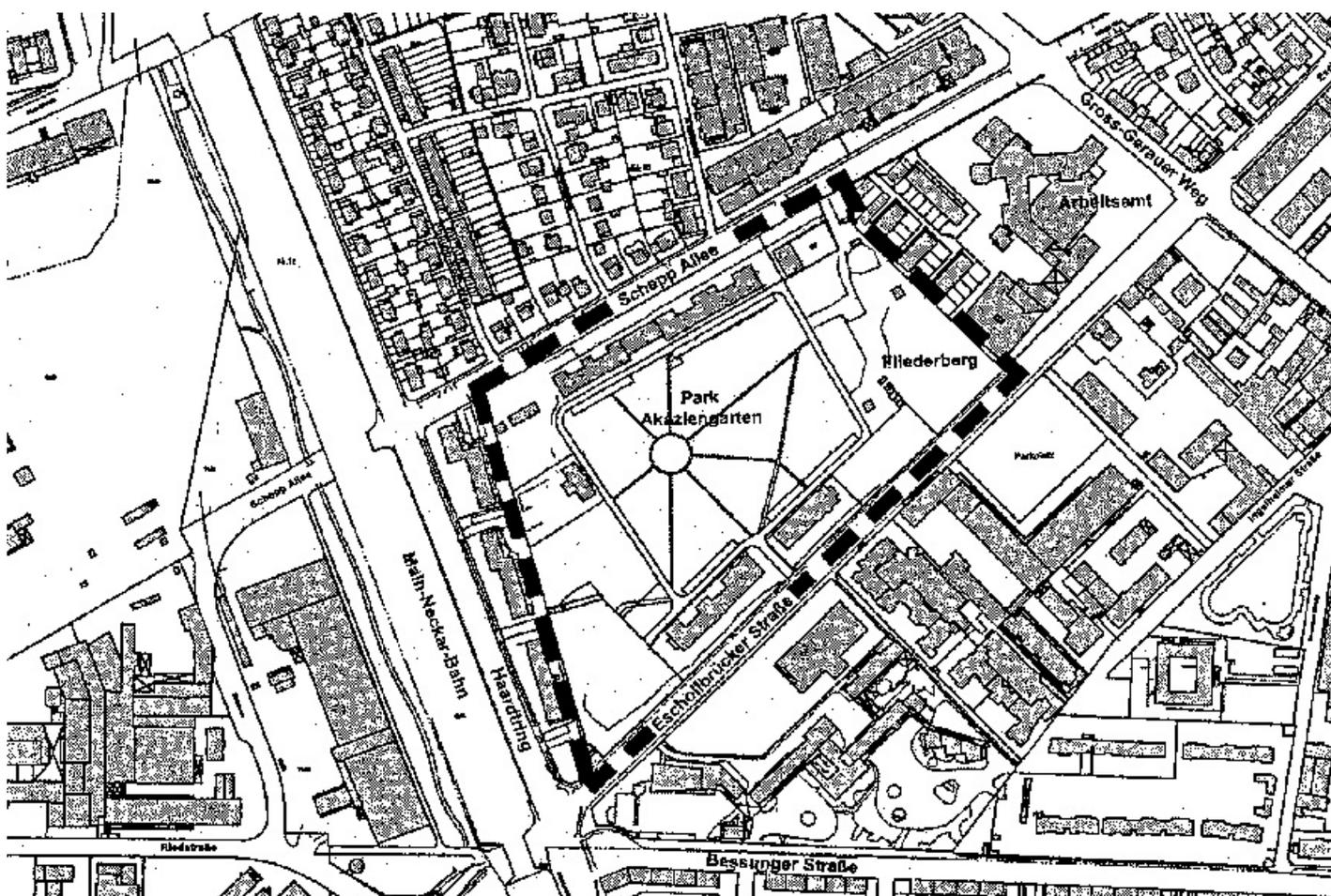
Die Antwort des Magistrats war vorhersehbar. Bürgermeister Glenz schreibt, dass bei der bekannten Haushaltslage dies nicht möglich sei.

Das Interview

Bebauungsplan Akaziengarten

Die Stadt Darmstadt möchte das Gebiet zwischen Eschollbrücker Str., dem Haardtring, der Schepp-Allee und dem Arbeitsamt bebauen. Der von einer Mauer umgebene „Akaziengarten“ beherbergte das ehemalige Garnisonslazarett. Der Garten wurde im Jahr 1817, dem Hungerjahr nach den Napoleonischen Kriegen, angelegt und 1914 mit Lazarettgebäuden am Rand überbaut (siehe auch Plan).

Gegen die Bebauung regt sich aber in der Bevölkerung Widerstand. „Darmstadt links“ sprach mit einer der Sprecherinnen der Bürgerinitiative PRO-Akaziengarten, Frau Mascha Wembacher.



DA-links: Die Stadt möchte im Akaziengarten „nachgefragte Wohnungen in attraktiver, verkehrsgünstiger und gut durchgrünter Innenstadtlage“ bauen. Was spricht dagegen?

Wembacher: Dagegen spricht eine ganze Reihe von Gründen.

Zu aller erst würde durch die Bebauung wertvoller öffentlicher Erholungsraum verloren gehen, der zur Zeit ja allen Darmstädter Bürgern offen steht. Auch spielen gerade auf den von der Bebauung betroffenen Außenflächen die Kinder am liebsten. Außerdem würden die bei einer Bebauung

verbleibenden Innenflächen den stark erhöhten Nutzungsdruck nicht lange überstehen.

Dazu kommt, dass gerade die von der Bebauung betroffenen Flächen ökologisch wertvoll sind. Zum einen sind sie relativ dicht mit teilweise bis zu 150 Jahre alten Bäumen bewachsen, die zur Verbesserung der Stadtluft beitragen und Feinstäube aus der Luft filtern. Zum anderen bieten verwilderte Anteile einer verhältnismäßig großen Anzahl an Tierarten ein Zuhause. Werden diese Flächen bebaut, ist zu befürchten, dass sie verschwinden.

Ein weiterer Aspekt ist eine

Verschärfung der ohnehin schwierigen Verkehrs- und Parkplatzsituation im Umfeld des Parks, besonders in der denkmalgeschützten Schepp-Allee.

Nicht zuletzt ist die Bebauung von Seiten des Denkmalschutzes bedenklich. Immerhin handelt es sich beim Akaziengarten um einen 200 Jahre alten, unter Denkmalschutz stehenden Park, der einen festen Platz in der Geschichte Darmstadts hat. Diesen Denkmalschutz einfach „aufzuweichen“ führt zu der Frage, als wie glaubhaft und dauerhaft derartige Bestimmungen allgemein zu betrachten sind.



Foto Krone

Auch sollte das unserer Meinung nach an sich sinnvolle Konzept der innerstädtischen Verdichtung nicht dazu herhalten müssen, innerstädtischen Rückzugsraum für z. B. ältere Menschen, Kinder, Tiere und Pflanzen zu zerstören.

DA-links: Einige Stadtverordnetenfraktionen haben öffentliche Begehungen durchgeführt. Wie waren eure Erfahrungen?

Wembacher: Unsere Erfahrungen waren von Begehung zu Begehung recht unterschiedlich. Insgesamt positiv war, dass sich die Stadtverordneten der Fraktionen so vor Ort ein Bild machen konnten, was ja schon mal ein anderer Eindruck ist, als die Baupläne nur auf dem Papier zu sehen, und vielleicht doch eher dazu anregt, die Pläne kritischer zu betrachten. Auch gut war, dass die betroffenen Bürger jedes Mal sehr zahlreich erschienen sind und in Diskussionen mit den anwesenden Fraktionsmitgliedern ihre Bedenken und Meinungen äußern konnten. So wurde auch deutlich, wie viele Bürger ein ernsthaftes Interesse am Erhalt des Parks haben.

Unterschiedlich war allerdings das Auftreten der verschiedenen Fraktionen und der Eindruck, den sie bei den Anwesenden hinterlassen haben. So gab es Begehungen, bei denen uns von PRO-AKAZIENGARTEN die Leitung übergeben wurde, und deren Schwerpunkt vor allem darin lag, dass sich die Stadtverordneten informieren wollten. Bei anderen hatte man eher den Eindruck, die Bebauung sei schon beschlossen und sollte auf der Veranstaltung nur noch gegen die Bürger verteidigt werden.

DA-links: Was sind Ihrer Meinung nach die Hintergründe für die geplante Bebauung?

Wembacher: Von Seiten des Landes Hessen geht es relativ offensichtlich nur ums Geld. Da Geld gebraucht wird, soll alles, was irgendwie verkaufbar ist, verkauft werden (dass dem Land am Akaziengarten als Park nicht viel liegt, zeigt unter anderem die Art und Weise wie er seit Jahren gepflegt wird).

Das einzige Argument, das von Seiten der Stadt Darmstadt für eine Bebauung spricht, ist die Schaffung von neuem Wohnraum in attraktiver Lage, um Besserverdienende anzulocken, was sich positiv auf die Steuereinnahmen der Stadt auswirkt.

DA-links: Wie ist das Interesse der Medien an euren Aktivitäten?

Wembacher: Die erste Reaktion vom Darmstädter Echo auf unsere Unterschriften-Sammel-Aktion Anfang des Jahres war für uns extrem negativ, in Form eines sehr einseitigen Berichts, der die Bebauung schön geredet und den Akaziengarten extrem niedergemacht hatte. Allerdings war, als wir etwas später selbst ans Echo herangetreten sind, großes Interesse an dem Thema da, was sich bisher auch gehalten hat und ja auch zu einigen recht ausführlichen Berichten geführt hat. Alle weiteren Berichte waren auch sachlich und neutral, teilweise sogar eher positiv für uns.

Ansonsten hatte sich die Hessenschau von sich aus auf einen Echo-Artikel hin bei uns gemeldet, was für uns natürlich sehr erfreulich war, und einen guten Bericht in der Hessenschau darüber gebracht.

Außerdem hatten wir noch die Gelegenheit, bei Radio RaDaR in der offenen Sendezeit darüber zu sprechen und auf unseren Info-Stand hinzuweisen.

DA-links: Der Magistrat hat am 13.09.2004 einem Aufstellungsbeschluss zugestimmt. Welche weiteren Aktivitäten habt ihr geplant?

Wembacher: Zuerst müssen wir abwarten, ob in der Stadtverordnetenversammlung dem Aufstellungsbeschluss ebenfalls zugestimmt wird. Dafür sammeln wir wieder Unterschriften, um sie dort einzureichen. Beim ersten mal hatten wir über 400 Unterschriften, jetzt sind in etwa noch weitere 300 dazu gekommen.

Ansonsten müssen wir auch erst mal den neuen Bebauungsplan abwarten, und im Rahmen der Möglichkeiten, die die Bürgerbeteiligung vorsieht, reagieren.

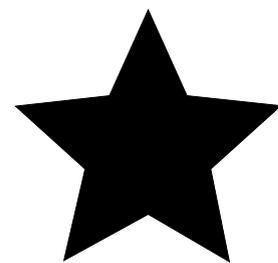
Des weiteren wären auch noch einige Untersuchungen im Bezug auf Naturschutz, Tierschutz, Denkmalschutz recht interessant.



Foto Krone

DA-links: Danke für das Gespräch.

Das Gespräch führte für DA-links Rainer Keil



- Mehr über die Politik in
- Darmstadt wie unsere
- Anträge, unsere
- Anfragen, die Antworten
- des Magistrats usw.
- sowie eine Liste der
- Magistratsvorlagen
- gibt's auf der Homepage
- der PDS-DKP/OL
- Darmstadt
- www.pds-dkp-old.de

Konzept nicht mehr zeitgemäß?**Magistrat schließt Kinderheim Waldeck!**

Der Magistrat der Stadt Darmstadt hat die Auflösung des Kinder- und Jugendheimes „Haus Waldeck“ beschlossen. Zur Begründung dieser Maßnahme wird in erster Linie aufgeführt, dass die Unterbringung betroffener Kinder und Jugendlicher in solchen Heimen nicht mehr „zeitgemäß“ sei. Die Stadt hat es aber bis zum Schluss

vorlage zurück. Er tat dann das, was er am besten beherrscht: Problem aussitzen, Zeit gewinnen und im Hintergrund die Maßnahme weiter vorbereiten.

Mit der Magistratsvorlage 441 vom 07.06.2004 wurde dann ein weiterer Anlauf gewagt. Hier ist dann nichts mehr von Haushaltskonsolidierung zu lesen. Erst wer

Kenntnis genommen. Wie sollten sie auch, geht es doch in erster Linie um Kosten und erst dann um Inhalte.

Den Stadtverordneten kam eine den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vergleichbare Rolle zu. Beide Magistratsvorlagen wurden nur zur Kenntnis vorgelegt, waren also vom Stadtparlament nicht veränderbar. Ein Antrag der Fraktion „UFFBASSE“, der sich gegen die Schließung richtete, wurde von unserer Fraktion unterstützt. Wir haben in der Debatte deutlich gemacht, dass wir in dieser Maßnahme eine Haushaltssanierung auf Kosten schon benachteiligter Kinder und Jugendlicher sehen. Wir sehen nach wie vor die Möglichkeit das Kinder- und Jugendheim „Haus Waldeck“ unter Einbeziehung der Vorschläge der Beschäftigten sinnvoll weiter zu betreiben. Leider sieht eine Mehrheit im Stadtparlament und vor allem im Magistrat dies nicht so.

Rainer Keil
DKP Darmstadt
Stadtverordneter der
PDS-DKP/OL

Wissenschaftsstadt Darmstadt	Magistratsvorlage	Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 1035/06-05-2004
Dezernat: II	an den Magistrat <input type="checkbox"/> zur Kenntnis <input checked="" type="checkbox"/> zur Beschlussfassung	Beteiligt:
Amt: Sozialverwaltung	an die Stadtverordnetenversammlung <input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis <input type="checkbox"/> zur Beschlussfassung <input type="checkbox"/> zur abschließenden Beschlussfassung Fachausschuss <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nicht öffentlich	<input type="checkbox"/> Dez I <input type="checkbox"/> Dez II <input type="checkbox"/> Dez III <input type="checkbox"/> Dez IV <input type="checkbox"/> Dez V <input type="checkbox"/> Dez VI <input type="checkbox"/> Amt
Beschluss-Nr.: 0353	Tagesordnung: <input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> II	

Betreff: Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Magistratsbeschluss 156/04 vom 03.03.04
hier: Kinder- und Jugendheim "Haus Waldeck"

Vorlage vom: 05-05-2004

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Bericht der Sozialverwaltung zur Kenntnis.
2. Der Magistrat beauftragt die Verwaltung, die Geschäfte zur Auflösung des Kinder- und Jugendheimes „Haus Waldeck“ zu führen.
3. Die Rechte des Personalarztes und der Frauenbeauftragten sind zu wahren.

nicht fertig gebracht ein neues, „zeitgemäßes“ Konzept zu präsentieren. Vor jeder Kritik an der Schließung verschanzte der Magistrat sich hinter diesem Konzept.

Im ersten Anlauf zur Schließung des Kinder- und Jugendheimes war dies noch anders. Über der Magistratsvorlage 353 vom 05.05.2004 prangte in großen Lettern noch das um was es im Kern bei dieser Schließung geht: Haushaltskonsolidierung (siehe Bild). Anscheinend hat niemand im Magistrat mit der Welle des Protests gerechnet, die dieser Beschluss ausgelöst hat. Empörte Leserbriefe in der Presse, Protestkundgebungen und Unterschriftensammlungen. Der Magistrat reagierte und zog diese Magistrats-

sich die Mühe macht und ins Detail geht wird fündig: „Bei allem Positiven das Haus Waldeckbetreffend ist aus fachlicher Sicht und den haushaltspolitischen Zwängen, denen der soziale Bereich nun schon seit Jahren ausgesetzt ist, die Schließung des Haus Waldeck eine Möglichkeit, den Stellenplan (jährlich 1,6 Mio. Euro Personalkosten) zu entlasten...“.

Es geht also in erster Linie weder um das Wohl der Kinder und Jugendlichen, sondern um Personaleinsparung.

Das betroffene Personal des Kinder- und Jugendheimes spielt in dieser Frage nur eine Statistenrolle. Vorschläge für sinnvolle Änderungen, Verbesserungen im Haus Waldeck wurden formuliert, in der Sozialverwaltung aber nicht zur

Cross-Border-Leasing**Antrag nicht zugelassen**

Unsere Stadtverordnetenfraktion hatte fristgerecht einen Antrag zum Thema „Cross-Border-Leasing“ zur Beratung in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Hintergrund war das vom US-Kongress Ende Juni 2004 beschlossene Steueränderungsgesetz. Künftige Cross-Border-Leasing-Geschäfte sind damit faktisch tot.

Dieses Abstimmungsergebnis im US-Parlament verhindert nicht nur zukünftige Gesetzesänderungen, sondern bedeutet auch das faktische Aus für laufende CBL-Verträge, da der Steuervorteil der in solchen Geschäften aktiven

Ehemaliges Eisenbahnausbesserungswerk

Die Knell verfahren

Für die Knell, das frühere Bundesbahn-Ausbesserungswerk zwischen Kasinostraße und Müllverbrennung, hatte die Stadt fix und fertige Planungen: Ein neues Verwaltungszentrum für die HSE (vormals HEAG und Südhessische), Verlegung des Messplatzes hierher, neue Wohnbebauung auf den jetzigen Messplatz, schließlich Gewerbe und Grünflächen. Jetzt wird es wohl beim „schließlich“ bleiben. Die Bauverwaltung hat die Seveso-Richtlinie II nach Meinung von Kennern glatt verpeilt. Diese Richtlinie ist genannt nach einem Vorort von Mailand, wo ein Unglück in einem Chemiewerk Dioxin freisetzte, das dann Land und

...Fortsetzung von Seite 1 "Antrag.."

Investoren sich in Luft aufgelöst hat. Nach dieser Entscheidung könnten auch massive Risiken auf die an CBL beteiligten deutschen Kommunen zukommen. Offen bleibt jedoch, welche Konsequenzen für Altverträge entstehen. Arnd Bühner vom Wirtschaftsprüfkonzern Ernst & Young versicherte in den Nürnberger Nachrichten, dass diejenigen Städte nicht bedroht seien, die ihre Verträge sauber abgeschlossen hätten und kontrollieren würden. Dazu gehöre zum Beispiel jedes Jahr ein genauer Bericht über Wert- oder Bauveränderungen. Es sei zu befürchten, so Bühner weiter, dass der "steuerlich frustrierte amerikanische Partner dem deutschen Partner einen Vertragsverstoß nachzuweisen" versucht.

Bekannterweise wurde schon im Jahr 1998 von der städtischen Heag die Darmstädter Straßenbahnen durch einen solchen Vertrag verkauft und wieder zurück geleast.

Unser Ansinnen war es, den Magistrat zu beauftragen zu ermitteln welche Auswirkungen die Gesetzesänderung in den USA auf diesen Vertrag hat und die gewählten Darmstädter Stadtverordneten darüber zu informieren.

Stadtverordnetenvorsteher Kurt

Leute vergiftete. Da auch bei Merck gefährliche Stoffe frei werden könnten, sind in einem Umkreis von über einem Kilometer alle Planungen auf Gefährdung zu prüfen. Dies hat nun die Stadt mit einer in Auftrag gegebenen Untersuchung nachgeholt. Diese kommt zu folgenden Empfehlungen:

- Eine Büronutzung durch die HSE ist möglich, weil die Raumluft abgeschottet werden kann,
- Ein Messplatz ist unvereinbar, weil die Besucher kaum schnell genug zu evakuieren sind,
- Von einer neuen Wohnbebauung auf dem jetzigen Messplatz wird dringend abgeraten.

Zu fragen bliebe natürlich, ob der

Weidmann erklärte die Stadtverordnetenversammlung für nicht zuständig und setzte den Antrag von der Tagesordnung ab.

Wie schon in Vergangenheit verschanzen sich die Verantwortlichen im Magistrat hinter formalen Regelungen. Und dies, obwohl Spitzenpolitiker aller etablierten Parteien in Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens vertreten sind.

Was bleibt sind Fragen. Der ÖPNV gehört zu kommunalen Daseinsvorsorge. Eventuelle Auswirkungen der Gesetzesänderungen in den USA werden letztlich von allen Bürgerinnen und Bürgern zu tragen sein. Hier wäre also Offenheit und Klarheit notwendiger als das andauernde Verschanzen hinter dem Aktienrecht.

**Unser Tip:
Auf der Internetseite
www.arbeiterfotografie.com
sind viele politische
Fotoreportagen zu finden.**

Messplatz an seinem jetzigen Ort ja auch nicht evakuierbar wäre, aber er dürfte Bestandsschutz genießen.

Unsere neue Versorgerfirma HSE könnte auf die (nahe liegende) Idee kommen, in das leer stehende Landratsamt in der Rheinstraße zu ziehen. Zusammen mit dem ebenfalls aufgegebenen Hauptzollamt ist das eine gute Adresse. Dann bliebe für die Knell tatsächlich nur „schließlich“.

**Werner Krone,
DKP Darmstadt
Mitarbeiter der**

**Stadtverordnetenfraktion der
PDS-DKP/OL**

...Fortsetzung von Seite 1 "Liebe..."

Verständnis haben wir für die Fraktion "UFFBASSE", die durch diesen Zusammenschluss Sitze in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung eingebüßt hat. Aber von "Machtgeilheit" zu reden geht an der Sache vorbei. Bei der Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 2001 hätte die Möglichkeit bestanden, alle Fraktionen an den Ausschüssen zu beteiligen. Rot-Grün hat das damals abgelehnt, weil ihre Mehrheit in den Ausschüssen in Gefahr war. In der neuen Konstellation verändert sich aber an den Machtverhältnissen nichts.

Die PDS-DKP/OL arbeitete in der Stadtverordnetenversammlung oft mit OS/3 und den anderen Einpersonenfractionen zusammen. Das soll auch in Zukunft mit "Offenes Darmstadt" so sein. Wir begrüßen es, dass die neue Fraktion "Offenes Darmstadt" uns und der Fraktion "UFFBASSE" angeboten hat, Sitze in Ausschüssen zu übernehmen. Wir werden diese Möglichkeit nutzen, weil sich dadurch bessere politische Handlungsmöglichkeiten im Sinne unserer Wählerinnen und Wähler ergeben und diese Möglichkeit an keine Bedingungen geknüpft wurde. Wenn die Fraktion "UFFBASSE" über ihren Schatten springt und diese Option ebenfalls wahrnehmen würde, wären erstmals alle Fraktionen mit Stimmrecht in den städtischen Ausschüssen vertreten. Ein Zustand, den wir als eindeutige Verbesserung ansehen würden.

Rainer Keil, Stadtverordneter

Ausbildungsmesse in Darmstadt

Ausbildungspakt steht unter Druck

Am 23.09.2004 wurde die 4. Ausbildungsmesse in Darmstadt eröffnet und an den folgenden Tagen hatten Schüler und Interessierte die Möglichkeit sich über Ausbildungsberufe und Zugangsvoraussetzungen zu informieren. Eine gute Sache! So jedenfalls die Meinung derer, die die Möglichkeit zum Besuch eingeräumt bekamen bzw. aus eigenem Antrieb das Angebot angenommen haben.

Den an der Messe beteiligten Firmen, Innungen und Organisationen muss man für die Einsatzbereitschaft Dank sagen. Es war bestimmt nicht leicht, bei dem

Andrang persönliche Gespräche zu führen. Doch auch mir, der ich nun wahrlich nicht zu den „Teenies“ gehöre, wurden Informationen, schriftlich und mündlich, gegeben, wie zielgerichtete Bewerbungen aussehen sollten.

Doch die augenscheinliche Erfolgsbilanz der Messe müssen wir politisch kritisch unter die Lupe nehmen. Wenn im Jahr 2003 die Zahl von 2.940 abgeschlossenen Lehrverträge erreicht wurde, so waren es am 23.09.04 immerhin mehr als 3.000 Verträge; d.h. etwa 15% mehr als im Vorjahr. Frau Ruth Wagner von der FDP ließ dann aber die Katze aus dem Sack! Ende August 2004 gab es in Hessen 47.281 Bewerber auf Lehrstellen! Das sind 4,8% mehr als im Vorjahr, ca. 14.000 davon waren nicht vermittelt!

In Gesprächen an den Messeständen wurde immer wieder darauf verwiesen, dass gute Kenntnisse in deutscher Sprache eine Erfolgsgarantie darstellen, der aber nur wenige gewachsen sind. Weiter wurde deutlich, dass der Berufswunsch oft unmittelbar von einer finanziellen Betrachtung ausgeht, ohne die persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten richtig beurteilen zu können.

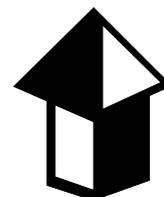
An dieser Stelle erlaube ich mir, auf unser kommunales Wahlprogramm zu verweisen! „Ausreichende, den gesamten Bedarf berücksichtigende, flächendeckende Kinderbetreuungsplätze sind für die Eltern kostenfrei bereitzustel-

len.“ Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, ein etwa einheitliches Niveau von Deutschkenntnissen mit Beginn der Schulausbildung zu erreichen. Die Folge davon wäre dann, dass Berufsbewerber nahezu gleiche, zumindest sprachliche Voraussetzungen zur Berufswahl haben. Unsere Forderung „wer nicht ausbildet soll zahlen!“ In Darmstadt (und nicht nur hier) sollte es Normalität werden, dass Aufträge aus öffentlicher Hand nur noch an Betriebe erfolgen, die auch ausbilden.

Am Schluss meiner Bemerkungen muss ich noch das Eine loswerden:

Im Jahr 2004 werden für den Eurofighter 2000 im Haushalt der „ach so finanziell gebeutelten BRD“ 970 Mio. bereitgestellt. Unser OB Benz hat auf der Eröffnung der Ausbildungsmesse gesagt, dass ca. 62 Mio notwendig sind, um an den Darmstädter Schulen die notwendigsten Reparaturen vorzunehmen. Wenn unserer Stadt nur weniger als Ein Zehntel dieser unsinnigen Summe bereitgestellt würde, könnten wir unsere Bildungsstätten in einen Zustand versetzen, der zumindest einen regulären Schulbetrieb gewährleisten könnte. In den Schulen unseres Landes wären diese Millionen weit besser aufgehoben als in militärischen Wahn-sinnsprodukten!

Siegfried Oettmeier,
PDS Darmstadt
Mitarbeiter der
Stadtverordnetenfraktion der
PDS-DKP/OL



PDS-DKP/Offene Liste
Darmstadt
im Internet
www.pds-dkp-old.de



Ich habe Interesse an der PDS-DKP/OL

Name:....., Vorname:.....

Straße:....., PLZ, Ort:.....

Tel.:.....

E-Mail:.....

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos per Post , per Mail

PDS - DKP/Offene Liste
Stadtverordnetenfraktion
c/o Rainer Keil,
Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 Darmstadt
Tel.:06151-66 90 310,
Fax: 06151-66 90 533
E-Mail: info@pds-dkp-old.de